

Terroristen, Pharisäer und Nutznießer

Überlegungen zur Entführung des BDI/BDA-Präsidenten Hanns-Martin Schleyer

Von Wolfgang Abendroth

Die sinnlosen und brutalen Morde an Siegfried Buback, Jürgen Ponto, an den Begleitern von Hanns-Martin Schleyer und dessen Entführung haben in der Bundesrepublik Deutschland eine Welle politischer Erregung erzeugt, die jedermann, der bei Vernunft ist, den Tätern hätte prognostizieren können.

In einer ökonomisch und politisch äußerst gefährlichen Lage, die gekennzeichnet ist durch eine dauerhafte Stagnation und eine permanente strukturelle Arbeitslosigkeit für alle vom Verkauf ihrer Ware Arbeitskraft lebenden Schichten, auch die der jungen Intelligenz, dazu noch in einer Zeit, in der die übergroße Majorität der arbeitenden Klasse, aus geschichtlichen Gründen, die hier nicht untersucht werden können, kein Klassenbewußtsein und also nur geringe Kampfkraft besitzt, kann die Reaktion solche terroristischen Aktionen als Vorwand nutzen, um demokratische Rechte abzubauen und sogar das Grundgesetz in Frage zu stellen. Die CSU und Teile der CDU verlangen offen die Abschaffung von Art. 102 des Grundgesetzes (GG), der die Todesstrafe verbietet. Ihre Presse – aber mehr oder minder verhüllt fast alle Zeitungen der BRD – fordert die weitere Einschränkung der Rechte der Angeklagten im Strafverfahren sowie der Rechte der Verteidiger in politischen Strafsachen und – nur zaghaft verschleiert – die Umgehung des Art. 101 Abs. 1 GG, der Sondergerichte verbietet; vom Schutz gegen willkürliche Freiheitsentziehung (Art. 104 GG) ganz zu schweigen, man denke an die Hoffnungen auf Ausbau der Sicherungsverwahrung. Der selbstverständliche Grundsatz „in dubio pro reo“, im Zweifel ist der Angeklagte nicht schuldig, ist vergessen, wenn jemandem nachgesagt wird, mit dem Terrorismus zu „sympathisieren“. Und als „Sympathisant“ gilt jeder, der nur entfernt in den Verdacht geraten könnte, die bestehenden gesellschaftlichen Machtverhältnisse für veränderungswürdig zu halten. Die gummiartige Extension zugänglichen politischen Strafnormen des bestehenden Rechts sollen gegen jede politisch-soziale Opposition „griffiger“ gemacht werden. Polizei- und Verfassungsschutz-Apparat erhalten im Haushalt des Bundes und der Länder immense zusätzliche Geldmittel und Planstellen in noch größerer Zahl; das Bildungswesen, dessen Ausbau die junge Generation durch Einsicht vor terroristischen Illusionen schützen und zu verfassungsmäßigem Gebrauch ihrer demokratischen Rechte erziehen könnte, wird natürlich in weit geringerem Maße gefördert. „Schutz der Verfassung“ besteht einmal wieder – wie schon so oft – nach Auffassung leider nicht nur der CDU/CSU, sondern auch der Bundesregierung, wie die Erklärung des Bundeskanzlers vom 15. September 1977 (trotz erfreulicherer Teile) erkennen läßt, darin, den Abbau von freiheitlichen

Rechtsschutzgarantien mindestens für diskussionswürdig zu halten. Mit den Gesetzentwürfen der Koalitionsparteien und der Regierung sind vorbereitende Schritte zu massiven Veränderungen des bestehenden Rechts getan.

Man soll sich keine Illusionen darüber machen, daß zu dieser Stunde die große Majorität der Bevölkerung diesen Generalangriff auf Grundpositionen der „freiheitlich-demokratischen Grundordnung“ (um an diesen ständig von der Regierung, den etablierten Parteien und den Ideologien des Monopolkapitals mißbrauchten Begriff des Art. 18 GG zu erinnern) nicht erkennt und – weil sie ihn nicht erkennt – zu akklamieren bereit ist. Die streng rechtsstaatlich denkende liberal-demokratische Intelligenz ist in der Bundesrepublik wegen der belastenden Traditionen der deutschen Geschichte schon immer sehr schwach gewesen, und die Mehrheit unserer arbeitenden Klasse hat ihre wirklichen Interessen noch nicht ausreichend erkannt. Aber nur deren Bündnis wäre stark genug, die gegenwärtigen Attacken auf die demokratischen Rechte voll abzuwehren. Die größte Hoffnung für die Erhaltung der freiheitlich-sozialen Demokratie in der Bundesrepublik liegt – so bitter das ist – in den internationalen Machtverhältnissen, die den Übergang zum Polizeistaat in diesem Lande kaum erlauben, und in der öffentlichen Meinung vor allem unserer westlichen (wenn auch kapitalistischen, so doch gesichert parlamentarisch-demokratischen) Nachbarländer.

Das alles war voraussehbar. Individueller Terror, der stets auch deshalb moralisch verwerflich ist, weil Mord immer Mord bleibt, selbst wenn er Menschen trifft, die Feinde der Demokratie und des arbeitenden Volkes sind, hat in der deutschen Geschichte immer nur der herrschenden Restauration gedient, auch wenn seine Träger geglaubt haben, durch ihn die bestehenden Machtverhältnisse zugunsten des Volkes ändern zu können. So war es, als der Student Karl Ludwig Sand den reaktionären und vom Zaren besoldeten Schriftsteller v. Kotzebue 1819 erstach. Es folgten die Karlsbader Beschlüsse Metternichs gegen die „demagogischen Umtriebe“, die für lange Jahrzehnte dem *staatlichen Terror* gegen jede freiheitliche Regung freien Raum gaben. So war es 1878, als die Attentate auf Wilhelm I. die deutschen Nationalliberalen der letzten Reste ihres rechtsstaatlichen Denkens beraubten und auf diese Weise Reichskanzler Otto v. Bismarck die Chance zum Sozialistengesetz boten.

Demgegenüber hat der Terror der Reaktion dieser niemals dauerhaft geschadet. Als am 6. Dezember 1918 reaktionäre Truppen revolutionäre Arbeiter und Soldaten zusammenschossen, als am 15. Januar 1919 Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg ermordet wurden, als viele hundert linke Arbeiter und Intellektuelle in den ersten Jahren der Weimarer Republik erschossen wurden, da klopfte die Presse der Bourgeoisie Beifall, und die Justiz ließ die Mörder unbehelligt. Selbst als 1922 der Ermordung eines der Repräsentanten des AEG-Konzerns und Reichsaußenministers Rathenau das „Gesetz zum Schutz der Republik“ folgte, um dieser Mordwelle endlich ein Ende zu bereiten, diente dieses Gesetz in der Praxis dann nicht der Verfolgung der Mörder, sondern der Bekämpfung der Linken. Und ein Jahrzehnt später begann die Pe-

Treue-Bücher

zu günstigen Preisen für Abonnenten

Abonnenten der Zeitschrift „Blätter für deutsche und internationale Politik“ können in den Wochen vor Weihnachten, spätestens bis Jahresende, nachfolgend aufgeführte Bücher aus Sonderauflagen bzw. Restposten mit Treue-Rabatt zu erheblich herabgesetzten Preisen beziehen. Wir bieten:

Nach einjährigem Abonnement: 20 % Treue-Rabatt
 Nach zweijährigem Abonnement: 25 % Treue-Rabatt
 Nach dreijährigem Abonnement: 30 % Treue-Rabatt

Bestellen Sie bitte die gewünschten Bücher gegen Vorüberweisung des Gesamtbetrages mittels anhängender Zahlkarte. Der für Sie infrage kommende reduzierte Preis ist den Rabattpalten neben den angebotenen Büchern zu entnehmen. Bitte vermerken Sie auf der Rückseite des Zahlkarten-Empfängerabschnitts **unbedingt** die **Bestell-Nummer(n)** sowie die **Anzahl** der Bücher.

Die Lieferung von Büchern im Gesamtwert von **über 25,- DM** erfolgt **porto- und verpackungsfrei**. Bei Bestellungen unter 25,- DM zahlen Sie bitte 1,- DM für Porto und Verpackung mit ein.

Pahl-Rugenstein-Verlag

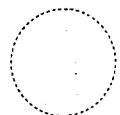
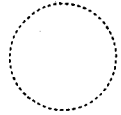


Bestell-Nr.	Autor und Titel	Treue-Rabatt nach		
		1jähr. Abo 20 %	2jähr. Abo 25 %	3jähr. Abo 30 %
1	Abendroth u. a. Sozialdemokratie und Sozialismus. Bebel und die Sozialdemokratie heute, 284 S. 12,80 DM	10,20	9,60	9,—
128	Abendroth Aufstieg und Krise der deutschen Sozialdemokratie, 142 S. 9,80 DM	7,85	7,35	6,85
129	Ahlemeyer/Schellhase (Hg.) Soziologie im Arbeitnehmerinteresse. Positionen zum 18. Deutschen Soziologentag, 120 S. 9,80 DM	7,85	7,35	6,85
130	Ahrbeck Morus — Campanella — Bacon. Bildbiographie. 120 S. 9,80 DM	7,85	7,35	6,85
118	Arnaszus/Beyer/Sandkühler u. a. Materialismus-Wissenschaft und Weltanschauung im Fortschritt, 259 S. 12,80 DM	10,20	9,60	9,—
131	Axt Staat, Multinationale Konzerne und Politische Union in Westeuropa, 450 S. 14,80 DM	11,85	11,10	10,40
2	Badstübner/Thomas Restauration und Spaltung. Entstehung und Entwicklung der BRD 1945—1955, 512 S. 12,80 DM	10,20	9,60	9,—
132	Balzer Klassengegensätze in der Kirche. Erwin Eckert, Vorw. W. Abendroth, 2. A. 296 S. 14,80 DM	11,85	11,10	10,40
133	Bayertz/Schleifstein Mythologie der „Kritischen Vernunft“. Kritik an Karl Popper. 270 S. 14,80 DM	11,85	11,10	10,40
134	Berthold/Lozek u. a. (Hg.) Kritik der bürgerlichen Geschichtsschreibung. 4., völlig überarb. u. erw. Aufl., 751 S. 48,— DM	38,40	36,—	33,60
135	Blank/Brauns/Fangmann/Uessler Wohin treibt der Rechtsstaat? Arbeitsbuch zur Verfassungsentwicklung, 350 S. 14,80 DM	11,85	11,10	10,40
136	Bock/Thoms Unter dem Regenbogen. Hist. Porträts der frühbürgerlichen Revolution, 255 S. 14,80 DM	11,85	11,10	10,40
137	Böttger Kultur im alten China. Mehrfarb. Abb. u. Illustr. Großformat, L.n. Schutzumschlag, 260 S. 32,— DM	25,60	24,—	22,40
138	Boob Ansichten der Revolution. Paris-Berichte deutscher Schriftsteller nach 1830, 272 S. 14,80 DM	11,85	11,10	10,40
139	Bracht u. a. (Hg.) Hochschulrahmengesetz, Hochschulpolitik und Klassenauseinandersetzungen I. d. BRD, 400 S. 14,80 DM	11,85	11,10	10,40
5	BRD — DDR. Vergleich der Gesellschaftssysteme, 442 S. 12,80 DM	10,20	9,60	9,—
141	Buhr Vernunft, Mensch, Geschichte. Klassische bürgerliche Philosophie, 383 S. 14,80 DM	11,85	11,10	10,40
101	Buhr/Irrlitz Der Anspruch der Vernunft. Bürgerliche deutsche Philosophie als Quelle des Marxismus, 280 S. 14,80 DM	11,85	11,10	10,40
122	Butterwegge Alternativen der Wirtschaftslenkung, 200 S. 9,80 DM	7,85	7,35	6,85
142	Butterwegge Probleme der marxistischen Staatsdiskussion, 220 S. 12,80 DM	10,20	9,60	9,—
143	Czichon Wer verhalf Hitler zur Macht? Anteil der deutschen Industrie an der Zerstörung der Weimarer Republik, 4. Aufl. 165 S. 9,80 DM	7,85	7,35	6,85
144	Dammann Tarifvertrag und Arbeitskampf. Rechtl. Rahmenbedingungen aktiver Lohnpolitik, 390 S. 19,80 DM	15,85	14,85	13,85
102	Deppe Arbeiterbewegung u. westeuropäische Integration, 358 S. 14,80 DM	11,85	11,10	10,40
145	Deppe/Fülberth/Harrer u. a. Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung, 500 S. 14,80 DM	11,85	11,10	10,40

Bestell-Nr.	Autor und Titel	Treue-Rabatt nach		
		1jähr. Abo 20 %	2jähr. Abo 25 %	3jähr. Abo 30 %
	Deutschland im zweiten Weltkrieg, 4 Bde. Je 700 S. Großformat, Ln. mit Schutzumschlag, Abb. und Tafeln, je Band 42,- DM			
13a	Band 1: 1939-1941	33,60	31,50	29,40
13b	Band 2: 1941-1942	33,60	31,50	29,40
146	Dress/Hansen u. a. Wir Verfassungsfelnde. Dok. zum Berufsverbot mit 100 Porträts und Abb., 292 S. 12,80 DM	10,20	9,60	9,-
16	Engelberg (Hg.) Probleme der marxistischen Geschichtswissenschaft, 356 S. 38,- DM	30,40	28,50	26,60
147	Finker Stauffenberg und der 20. Juli 1944 , 40 Abb., 488 S. 14,80 DM	11,85	11,10	10,40
148	Foltin/Würzburg Arbeitswelt im Fernsehen. Programmanalyse, 126 S. 12,80 DM	10,20	9,60	9,-
103	Frauenaktion Dortmund (FAD) Schwangerschaft und der neue § 218. Hdb. für Frauen, 203 S. 9,80 DM	7,85	7,35	6,85
19	Freyberg/Fülberth u. a. Geschichte der deutschen Sozialdemokratie 1863-1975, 2. Aufl., 457 S. 12,80 DM	10,20	9,60	9,-
149	Gugel Industrieller Aufstieg und bürgerliche Herrschaft. Interessen und Ziele des liberalen Bürgertums, 304 S. 48,- DM	38,40	36,-	33,60
26	Haug Vorlesungen zur Einführung ins „Kapital“, 196 S., 2. verb. Aufl. 12,80 DM	10,20	9,60	9,-
150	Haug Der hilflose Antifaschismus , 4. Aufl., 180 S. 9,80 DM	7,85	7,35	6,85
151	Haumann (Hg.) Vom Hotzenwald bis Wyhl. Demokratische Traditionen in Baden, 240 S. 14,80 DM	11,85	11,10	10,40
152	Herrmann Spuren des Prometheus. Aufstieg der Menschen zwischen Naturgeschichte und Weltgesch., Farbphotos u. Abb., 272 S. Ln. 29,80 DM	23,85	22,35	20,85
105	Hinrichs/Peter Industrieller Friede? Arbeitswissenschaft, Rationalisierung und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik, 300 S. 12,80 DM	10,20	9,60	9,-
29	Hofschien/Ott SPD im Widerspruch. Entwicklung und Perspektive der Sozialdemokratie, 182 S. 12,80 DM	10,20	9,60	9,-
119	Huffschmid/Schul (Hg.) Gesellschaft im Konkurs? Handbuch der Wirtschaftskrise in der BRD 1973-1976, 530 S. 16,80 DM	13,45	12,60	11,75
153	Jürb Von Thales zu Demokrit. Frühe griechische Denker, Bildbiographie, 130 S. 9,80 DM	7,85	7,35	6,85
124	Kahl Positivismus als Konservatismus (Topitsch), 301 S. 14,80 DM	11,85	11,10	10,40
33	Kramer Freizeit u. Reproduktion d. Arbeitskraft, 2. Aufl., 279 S. 14,80 DM	11,85	11,10	10,40
38	Kühnl Der deutsche Faschismus in Quellen und Dokumenten, 317 Dok. u. 13 Abb., 2., verb. Aufl., 524 S. 9,80 DM	7,85	7,35	6,85
154	Kühnl/Hardach Zerstörung der Weimarer Republik, 292 S. 12,80 DM	10,20	9,60	9,-
155	Lange Technik im Kapitalismus. Kapitulierte die bürgerliche Wissenschaft? 200 S. 12,80 DM	10,20	9,60	9,-
156	Loth Apartheid und Kirchen. Christen im Widerstand, 310 S. 14,80 DM	11,85	11,10	10,40
39	Maase Leseinteressen der Arbeiter in der BRD, 125 S. 12,80 DM	10,20	9,60	9,-
157	Mannhardt/Schwamborn Zivildienst-Handbuch , 142 S. 9,80 DM	7,85	7,35	6,85
158	Markov/Soboul Die große Revolution d. Franzosen , 480 S. 14,80 DM	11,85	11,10	10,40
61	Mayer/Stuby Die Entstehung des Grundgesetzes. Beiträge und Dokumente, 338 S. 14,80 DM	11,85	11,10	10,40
159	Mayer/Stuby Das lädierte Grundgesetz. Verfassungsgeschichte 1949 bis 1976, 340 S. 14,80 DM	11,85	11,10	10,40
99	Menschik Grundlagentexte zur Emanzipation der Frau, 424 S. 12,80 DM	10,20	9,60	9,-
160	Menschik Feminismus. Geschichte, Theorie, Praxis, 282 S. 12,80 DM	10,20	9,60	9,-
175	Metscher Kunst und sozialer Prozeß. Zur Theorie der ästhetischen Erkenntnis, 240 S. 14,80 DM	11,85	11,10	10,40
161	Meyer Studien zur sozialökonomischen Entwicklung Sowjetrußlands 1921-1923, 557 S. 40,- DM	32,-	30,-	28,-
43	Mitbestimmung als Kampfaufgabe. Grundlagen, Möglichkeiten, Zielrichtungen, 282 S. 10,- DM	8,-	7,50	7,-
162	Nowak Arbeiter und Arbeit in der westdeutschen Literatur 1945-1961 , 182 S. 14,80 DM	11,85	11,10	10,40
163	Oduev Auf den Spuren Zarathustras. Der Einfluß Nietzsches auf die bürgerliche deutsche Philosophie, 453 S. Ln. 38,- DM	30,40	28,50	26,60
164	Opitz Europastrategien des deutschen Kapitals. 1900-1945, 1069 S. 68,- DM	54,40	51,-	47,60
165	Plath/Sandkühler (Hg.) Theorie und Labor. Dialektik als Programm der Naturwissenschaft, 200 S. 14,80 DM	11,85	11,10	10,40
166	Preiß Humanisierung der Arbeitswelt. Entstehungsbedingungen, Konzepte und Modelle, 132 S. 12,80 DM	10,20	9,60	9,-
52	Räuschel Die BASF. Anatomie eines multinat. Konzerns, 264 S. 9,80 DM	7,85	7,35	6,85
167	Sandkühler (Hg.) Betr.: Althusser. Kontroverse, 225 S. 14,80 DM	11,85	11,10	10,40
120	Simon Macht und Herrschaft der Unternehmerverbände BDA, BDI und DIHT, 237 S. 9,80 DM	7,85	7,35	6,85
54	Schleier Die bürgerliche deutsche Geschichtsschreibung in der Weimarer Republik, 594 S. 38,- DM	30,40	28,50	26,60

Bitte deutliche Absenderangabe nicht vergessen!

Bitte ausschneiden!



DM Pf für Postscheckkonto Nr. **2809 90-503**

Absender der Zahlkarte

Für Vermerke des Absenders

Postscheckkonto Nr. des Absenders

PSchA Postscheckkonto Nr. des Absenders Postscheckteilnehmer

Postscheckkonto Nr. des Absenders

Empfängerabschnitt

Zahlkarte/Postüberweisung

Die stark umrandeten Felder sind nur auszufüllen, wenn ein Postscheckkontoinhaber das Formblatt als Postüberweisung verwendet (Erläuterung s. Rückseite)

Einlieferungsschein/Lastschriftzettel

DM Pf

für Postscheckkonto Nr.

DM Pf (DM-Betrag in Buchstaben wiederholen)

DM Pf

für Postscheckkonto Nr. Postscheckamt

2809 90-503

für **Pahl-Rugenstein Verlag**

Postscheckkonto Nr. **2809 90-503**

2809 90-503 Kln

Absender (mit Postleitzahl) der Zahlkarte bzw. Postüberweisung

Postscheckamt

**Pahl-Rugenstein Verlag
Gottesweg 54**

In **5000 Köln 51**

Köln

In **5000 Köln 51**

Ausstellungsdatum Unterschrift

Postvermerk

Postvermerk

Bestell-Nr.	Autor und Titel	1jähr.	2jähr.	3jähr.
171	Hofmann Jan Amos Comenius. Lehrer der Nationen, Biographie, 110 S. 9,80 DM	7,85	7,35	6,85
70	Keseling Sprach-Lernen in der Schule, 2. Aufl., 110 S. 9,80 DM	7,85	7,35	6,85
71	Koch Berufstätigkeit der Mutter und Persönlichkeitsentwicklung des Kindes, 176 S. 14,80 DM	11,85	11,10	10,40
172	Koch/Rochoill Kleinkinderziehung als Privatsache?, 221 S. 14,80 DM	11,85	11,10	10,40
173	Kossakowski u. a. Psychologische Grundlagen der Persönlichkeitsentwicklung im pädagogischen Prozeß, 416 S. 25,- DM	20,-	18,75	17,50
72	Ljubinskaja Kinderpsychologie, 544 S. Ln. 19,80 DM	15,85	14,85	13,85
74	Materialistische Wissenschaft und Psychologie, 446 S. 14,80 DM	11,85	11,10	10,40
48	Parygin Grundlagen der sozialpsychologischen Theorie, 320 S. 17,80 DM	14,25	13,35	12,45
174	Tripp Beitr.: Plogel, Philosophie oder Psychologie? 220 S. 14,80 DM	11,85	11,10	10,40
113	Wörterbuch der Psychologie. 2500 Stichwörter, über 100 Abb., 596 S., Großformat Ln. 28,- DM	22,40	21,-	19,60

Treue-Rabatt nach
1jähr. Abo 20 %
2jähr. Abo 25 %
3jähr. Abo 30 %

Bestell-Nr.	Autor und Titel	Treue-Rabatt nach		
		1jähr. Abo 20 %	2jähr. Abo 25 %	3jähr. Abo 30 %
168	Schlette Germanen zwischen Thorsberg und Ravenna. Kulturgeschichte, 262 S., Fotos, Abb. Ln. 24,- DM	19,20	18,-	16,80
59	Stiehler Gesellschaft und Geschichte. Grundlagen und Triebkräfte des historischen Fortschritts, 308 S. 19,80 DM	15,85	14,85	13,85
60	Streisand Deutsche Geschichte von den Anfängen bis zur Gegenwart. Eine marxistische Einführung, 3. Aufl., 484 S. 9,80 DM	7,85	7,35	6,85
169	Stubny/Wulff (Hg.) Nürnberger Verhandlungen gegen die Verbrechen der Militärjunta in Chile, 263 S. 14,80 DM	11,85	11,10	10,40
65	Tumanow Kritik der bürgerlichen Rechtsideologie, 352 S. Ln. 17,80 DM	14,25	13,35	12,45
170	Wollgast/Marx Johannes Kepler. Bildbiographie, 120 S. 9,80 DM	7,85	7,35	6,85
Pädagogik · Psychologie				
140	Braun/Holzcamp (Hg.) Kritische Psychologie. Marburger Kongreß-Bericht 1977. Ref. u. Disk., 2 Bde. 1000 S. 30,- DM	24,-	22,50	21,-
67	Christian Probleme des Erkenntnisprozesses im politischen Unterricht, 152 S. 14,80 DM	11,85	11,10	10,40
104.	Gerhard-Sonnenberg Marxistische Arbeiterbildung in der Weimarer Zeit (MASCH), 250 S. 14,80 DM	11,85	11,10	10,40

Einlieferungsschein/Lastschriftzettel
(nicht zu Mitteilungen an den Empfänger benutzen)

Gebühr für die Zahlkarte: 1,- DM
(wird bei der Einlieferung bar erhoben)

Bei Verwendung als Postüberweisung
gebührenfrei

Bedienen Sie sich
der Vorteile eines
eigenen Postscheckkontos

Auskunft hierüber erteilt jedes Postamt

Feld
für
postdienstliche
Zwecke

Für Mitteilungen an den Empfänger

Bestell-Nr.	Anzahl	Preis
Porto (unter 25,-)		+ 1,-
B Kaufbetrag		

Hinweise für Postscheckkontoinhaber:

Dieses Formblatt können Sie auch als Postüberweisung benutzen, wenn Sie die stark umrandeten Felder zusätzlich ausfüllen. Die Wiederholung des Betrages in Buchstaben ist dann nicht erforderlich. Ihren Absender (mit Postleitzahl) brauchen Sie nur auf dem linken Abschnitt anzugeben.

1. Abkürzung für den Namen Ihres Postscheckamts (PSchA) siehe unten
2. Im Feld „Postscheckteilnehmer“ genügt Ihre Namensangabe
3. Die Unterschrift muß mit der beim Postscheckamt hinterlegten Unterschriftprobe übereinstimmen
4. Bei Einsendung an das Postscheckamt bitte den Lastschriftzettel nach hinten umschlagen

Abkürzungen für die Ortsnamen der PSchA:

BlW = Berlin West	Kin = Köln
Dtmd = Dortmund	Lshfn = Ludwigshafen am Rhein
Esn = Essen	Mchn = München
Ffm = Frankfurt am Main	Nbg = Nürnberg
Hmb = Hamburg	Sbr = Saarbrücken
Han = Hannover	Stgt = Stuttgart
Klrh = Karlsruhe	

Bitte ausschneiden!



riode des schamlosen nationalsozialistischen Terrors, dem Millionen von Menschen zum Opfer fielen. Ist dieser Terror wirklich gezähmt worden? Viele nationalsozialistische Mörder wurden und werden noch immer freigesprochen, weil sie „nur“ – rechtswidrige – Befehle ausgeführt haben, aber ihnen zur Zeit der Tat das Schuldbewußtsein gefehlt habe; oder sie werden zu relativ geringen Freiheitsstrafen verurteilt, weil sie angeblich nicht Mord, sondern „nur“ Totschlag begangen haben, und sie müssen dann häufig genug diese Strafe nicht mehr verbüßen, weil sie wegen ihres hohen Alters nicht mehr haftfähig seien. Werden sie, wie jüngst Kappler, aus ausländischer Haft entführt und in die Bundesrepublik verbracht, so werden sie nicht ausgeliefert, weil Art. 16 Abs. 2 GG dem entgegenstehe und für Regierung und Justiz das Verfassungsrecht jetzt plötzlich unverletzlich erscheint, wobei Art. 139 GG gänzlich vergessen ist. Kappler und seine Befreier werden nicht einmal festgenommen.

Wenn der Geheimdienst einer verbündeten Macht, wie die CIA der USA, durch Ausschußsitzungen des Senats und des Repräsentantenhauses dieser Weltmacht zahlloser Morde, Mordversuche und Anschläge (von der Tötung Lumumbas über die Mordversuche an Castro und die Erschießung Che Guevaras bis zum Massenmord in Vietnam) überführt ist, dann ist das für die Presse und die Behörden der Bundesrepublik zur gleichen Zeit, in der sie die Taten der selbsternannten „Stadtguerilla“ der RAF zu einer hysterischen Kampagne gegen jedes sozialkritische Denken ausnutzen, keineswegs ein Grund zu besonderer Erregung. Keine Anklagebehörde ist bisher auf den Gedanken gekommen, Tätigkeiten für die CIA auf dem Boden der Bundesrepublik als Unterstützung einer kriminellen Vereinigung zu verfolgen.

Diese Erwägungen sind natürlich weder eine Rechtfertigung der Taten der Terroristen, um die es hier geht, noch eine Entschuldigung der Täter. Aber sie gehören zu dem Bild, das den Entstehungszusammenhang des Terrorismus sozialpsychologisch erklärt. In Perioden des Niedergangs und der Niederlagen demokratischer Bewegungen, in denen machtvolle und wirkungsvolle Gegenkräfte sich noch nicht wieder gefestigt haben, besteht für unerfahrene junge Menschen, die erst beginnen, sich über offenkundig ungerechte Akte gegenrevolutionärer Gewalt zu empören, die Gefahr, irrational zu reagieren. Es hat in fast jeder geschichtlichen Periode der Neuzeit Menschen gegeben, die glaubten, man könne durch einen einzelnen physischen Gewaltakt die Lage verändern: meist bei opponierenden Angehörigen der sozialen Schichten, die selbst am antidemokratischen Machtgefüge beteiligt waren. Sie haben sich dann in ein kriminelles Verhalten hineingesteigert, das nicht entschuldigt werden soll und kann, und sind dadurch Hilfstruppen der gleichen Reaktion geworden, die sie einmal bekämpfen wollten. So war es 1819 und 1878 in Deutschland, so war es in allzuvielen Fällen auch in anderen Ländern. Physische Gewalt in privater Hand und individuell ausgeübt (auch ihre Scheinorganisation in kriminellen Kleinfractionen wie den terroristischen Gruppierungen von heute ändert nichts am individuell-terroristischen Grundcharakter dieser Erscheinung) bleibt ein Verbrechen.

Nur eins kann solchen verabscheuungswerten Verirrungen den Boden und die Fähigkeit zur Regenerierung wirklich entziehen: *Der Aufstieg einer realen gesellschaftlichen und politischen Opposition*, die stark und zielbewußt genug ist, die Staatsgewalt zum Respekt vor ihren eigenen demokratischen und freiheitssichernden Verfassungsprinzipien zu bringen. Wäre beides auch für wirre junge Menschen erkennbar vorhanden: eine reale, machtvolle gesellschaftliche und politische Bewegung, die sich in der veröffentlichten Meinung und im Parlament deutlich artikuliert, und eine öffentliche Gewalt, die ihre eigene im Verfassungsrecht wie in ihrer offiziösen Ideologie publizierte Normenwelt respektiert, so würde es unwahrscheinlich, daß zu Kritik neigende Teile der jungen Generation sich erneut erst in Wahnsinn, dann in Verbrechen hineinsteigern. Denn darf man vergessen, daß am Anfang der Wendung zum terroristischen Denken bei Ulrike Meinhof und ihren Freunden die ungesühnte Erschießung des Studenten Benno Ohnesorg durch die Polizei stand? Darf man aus dem Kopf verlieren, was dann alles folgte, z. B. die Erschießung des völlig unbeteiligten Schotten McLeod in einer Stuttgarter Wohnung, die durchsucht werden sollte? Und darf man vergessen, was es für die Vorstellungsweise noch nicht zu rationaler Kritik gelangter junger Menschen bedeuten kann, wenn sie tagtäglich z. B. am Problem der Berufsverbote erfahren, wie wenig der bundesrepublikanische Staatsapparat seine eigene Verfassung respektiert?

Doch damit ist ein weiteres Problem angeschnitten, das man bei der Analyse des Terrorismus nicht vergessen darf. Die Bundesrepublik und ihre Länder verfügen seit langem nicht nur über das Bundeskriminalamt und die Kriminalpolizei der Länder, sondern auch über den breiten Apparat des Bundesverfassungsschutzes und der Landesverfassungsschutzämter. Diese waren und sind nicht imstande, die zahllosen Verbrechen und die Tätigkeit neofaschistischer Gruppierungen zu verhindern, die ja auch, wenn man den Verfassungsschutzberichten Glauben schenkt, keine ernstliche politische Bedeutung haben. Die „öffentliche Meinung“ nimmt kaum Notiz davon, wenn hier ein DKP-Büro zerstört oder angegriffen oder dort ein jüdischer Friedhof oder ein Denkmal für Opfer des Faschismus mit antisemitischen Parolen beschmiert wird. Andererseits aber sind die vorgeblichen Schützer der Verfassung sehr wohl in der Lage, riesige Karteien über kritisch denkende Bürger anzulegen, die in durchaus legaler Weise bestehende Institutionen überdenken und verändern wollen. Sie können durchaus die Einstellungsbehörden des Bundes, der Länder und der Kommunen mit ausreichendem Material für Berufsverbotsverfahren gegen jeden versorgen, der einmal erwogen hat, marxistisch zu denken oder gar der DKP beizutreten. Den Terrorismus so zu überwachen, daß Terror verhütet werden konnte, dazu allerdings waren sie nicht fähig, denn ihr Hauptfeind war (und bleibt wohl) marxistisches und radikaldemokratisches Denken. Statt gegen reale Gefahren für das Verfassungsrecht der BRD haben sie sich gegen diejenigen gerichtet, die das Verfassungsrecht zur Demokratisierung der Gesellschaft nutzen wollten. Da bleibt für den wirklichen Schutz der Verfassung und der Bürger der Bundesrepublik gegen individuellen, politisch motivierten Terror leider keine Zeit. Wird sich durch die Erhöhung der

Planstellen in diesen Maschinerien wirklich etwas daran ändern lassen, wenn die Gesamtrichtung dieser Apparatur nicht völlig verändert wird?

Dem steht bereits eine weitere Fehlentwicklung entgegen, die die Ideologie der veröffentlichten Meinung der Bundesrepublik beherrscht. Der physische Terror, den die anarchistischen Täter ausüben, wird benutzt, um jede Form der Ausübung von „Gewalt“, die den herrschenden Klassen nicht paßt, zu verketzern, auch wenn es sich um durchaus legale und verfassungsrechtlich zulässige Gewalt handelt. In einer antagonistischen, klassengespaltenen Gesellschaft wird stets Gewalt ausgeübt werden, vom Staat wie von allen sozialen Gruppen und Klassen. Der Staat kann nur die physische Gewalt, nicht die soziale Gewalt überhaupt monopolisieren; selbst wenn er es wollte, wäre er dazu nicht in der Lage. Nach ihrer Verfassungsauffassung (von Verfassungsrecht, das ja stets auch die Gewaltausübung des Staates begrenzt, kann man dabei nicht mehr sprechen) wollen das zwar die faschistischen Staaten; aber auch sie können es praktisch nicht, weil sie von der Macht, und damit von der sozialen Gewaltausübung, der Monopole abhängig bleiben. Aber die Vermengung dieser Probleme, die seit langem den Sprachgebrauch der großen Mehrheit der Bevölkerung prägt, hat seit den ersten Jahren der Existenz der Bundesrepublik Deutschland begonnen und wird nun – abermals im Interesse der Restauration und des Monopolkapitals – eifrigst weitergeführt. Als kurz nach der Konstituierung der Bundesrepublik die Gewerkschaften ihre Aktionen für die Erhaltung der Mitbestimmung bei Kohle, Eisen und Stahl einleiteten, haben die reaktionären Teile der Rechtswissenschaft sogleich begonnen, gegen deren angeblich illegale Gewaltausübung zu wettern, weil doch der Staat das Monopol der Gewaltausübung rechtlich besitze. Und heute, im Schatten des durch die Verbrechen der Terroristen entstandenen Klimas, tönt es wieder aus dem Munde der Repräsentanten der Arbeitgeberverbände und ihrer Presse, es verletze das Gewaltmonopol des Staates, wenn die Vorsitzenden der IG Metall und des DGB energisch gegen die (unbegründbare) Verfassungsbeschwerde des Monopolkapitals gegen das Mitbestimmungsgesetz Stellung nehmen.

Deshalb gilt es, die Gefahrenlage zu erkennen, die durch die Verbrechen und den Wahnsinn der Terroristen entstanden ist. Es ist notwendig, gegen jeden Terror und gegen jede Anwendung physischer Gewalt entschiedene Stellung zu nehmen, weil jeder Mord moralisch verwerflich ist und terroristische Aktionen objektiv nur Munition für die äußerste Reaktion liefern. Es ist erforderlich, um das Denken eines jeden in dieser Richtung gefährdeten jungen Menschen zu ringen. Aber man muß dabei wissen, daß man das nur überzeugend kann, wenn man gleichzeitig um strikte Erhaltung der Rechtsstaatlichkeit und gegen mißbräuchliche Anwendung und Extension von gesetzlichen Bestimmungen durch die Behörden (auch des § 34 Strafprozeßordnung durch die Bundesanwaltschaft) kämpft und sich gegen alle Gesetzesvorhaben der CDU/CSU und der Bundesregierung wendet, die Freiheitsrecht beschränken und polizeistaatliche Tendenzen fördern. Die Hauptgefahr unserer Periode ist die zunehmende Transformation der Bundesrepublik in einen polizeilichen Obrigkeitsstaat. Der Terrorismus ist nicht nur verbrecherisch, sondern gleichzeitig ein politischer Wahnsinn, der diese Hauptgefahr fördert.